

Visionen für den ehemaligen Jugendknast

Investoren informieren über den Fortgang der Arbeiten auf dem Gelände in Ichttershausen. Alternatives Wohnprojekt soll bis 2023 stehen

VON HANNO MÜLLER

Ichttershausen. Die Realisierung der Pläne für ein alternatives Wohnprojekt auf dem Gelände der ehemaligen Jugendstrafanstalt (JSA) in Ichttershausen nehmen offenbar Fahrt auf. Wie Vertreter der Gesellschaft Neues Kloster Ichttershausen (NKI) bei einem Vor-Ort-Termin am Wochenende bekanntgaben, sollen im Herbst des kommenden Jahr erste Wohnungen in einem ehemaligen Torhaus im Eingangsbereich des Gefängnisses bezugsfertig sein.

Da, wo heute noch der Stacheldraht des einstigen Jugendknastes an verfallenden Mauern und Zäunen wuchert, soll nach den Vorstellungen der NKI in den nächsten vier Jahren ein Ort des Miteinanders entstehen und so dem einst geschichtsträchtigen Zisterzienser-Kloster neues Leben einhauchen. Dafür sollen die seit mehr als einhundert Jahre vom Knast beanspruchten historischen Schlossbauten saniert und wiederbelebt werden.

Vorgesehen ist eine Entwicklung in drei Bereichen: im „Alten Schloss“ soll ein Kollegiatenstift einziehen. Menschen mit sowie ohne christlichem Hintergrund wohnen und arbeiten unter einem Dach und wollen dabei auch Begegnungsorte für den ganzen Ort sein. Im „Neuen Schloss“ sollen ein Kindergarten und integrative Familien-Einrichtungen entstehen. Für große Teile der Freiflächen ist der Neubau von etwa 90 Wohneinheiten in unterschiedlichen Haustypen vorgesehen.

Zuletzt hatte es allerdings immer wieder Verzögerungen gegeben. Politischer Widerstand kam vor allem von der Bürgergemeinschaft Freie Wachsenburger, die sich unter anderem an den Plänen für den Kindergarten im Neuen Schloss störte. Befürchtet wurde, dass die hohen Kosten dafür allein zu Lasten der Gemeinde gehen könnten, die ihrerseits bereits in die Planungen für einen Kindergartenneu-

bau an anderer Stelle investiert hatte. Wie NKI und Freie Wachsenburger am Wochenende allerdings mitteilten, habe man sich auf einen Kompromiss verständigt: Gebaut werden nunmehr zwei Kindergärten, also sowohl der im Neuen Schloss als auch der als Neubau geplante am Ichttershäuser Schwimmbad. Bei steigendem Bedarf lasse sich Letzterer erweitern. Im Zuge der

Offenlegung des Bauplanes im Sommer 2017 war es zudem zu Änderungen am Wegesystem gekommen. Mitte Januar 2019 sollen die noch einmal öffentlich einsehbar sein.

Für Mitte März rechnet man bei der NKI mit der endgültigen Genehmigung des Bebauungsplanes (B-Plan), dann könnten auch die Abrissarbeiten der ehemaligen Gefängnisanlagen so-

wie nicht benötigter Bauten und Gebäudeteile fortgesetzt werden. Das anfallende Material werde vor Ort geschreddert und zur Verfüllung genutzt.

Die Gesamtkosten für das Projekt belaufen sich nach derzeitiger Planung laut NKI auf 27 Millionen Euro. Land und Kommune fördern das Vorhaben mit 3,5 bzw. 1,5 Millionen Euro, 22 Millionen Euro kommen vom

Bauherrn und Großinvestor, der Quast-Bau AG aus Siegen.

Sorgen über mangelnden Bedarf an Wohnungen oder Kindergärten machen sich die Verantwortlichen nicht. Schon jetzt gebe es großes Interesse.

Steigende Nachfrage verspricht man sich zudem von Neuansiedlungen im Industriegebiet am Erfurter Kreuz. „Das

hier ist nicht Gräfentonna, sondern allerbeste Wohnlage“, sagte Wachsenburger-Chef Ralf Richter gestern. Das zeigt sich auch an den Berechnungen der NKI: Läuft alles wie erwartet, sollen sich die Investitionen bereits 2044 amortisiert haben.

Mehr Fotos gibt es im Internet unter: www.thueringer-allgemeine.de



NKI-Geschäftsführer Thomas A. Seidel entrollt am Samstag am ehemaligen Gefängnistor der früheren Jugendstrafanstalt Ichttershausen eine Ansicht des künftigen Schlossplatzes mit dem integrierten Wachturm.

FOTOS (3): HANNO MÜLLER



Die Spuren des Jugendgefängnisses sind überall noch deutlich sichtbar.



Vor dem Barock-Portal des Neuen Schlosses war ein Hof für Gefangene.

Drei Menschen schwer verletzt

Schmölln. Bei einem Verkehrsunfall an der Anschlussstelle Schmölln der Autobahn 4 in Richtung Dresden sind drei Menschen schwer verletzt worden. Zwei Männer im Alter 55 und 42 Jahre sowie eine 58 Jahre alte Frau wurden ins Krankenhaus gebracht, wie die Polizei am Sonntag mitteilte.

Der Unfall ereignete sich am Samstag bei der Auffahrt zur A4. Der 55-Jährige, der mit seinem Auto von der Autobahn auf die Landstraße in Richtung Crimmitschau abbiegen wollte, habe ein in Richtung Schmölln fahrendes Auto übersehen.

Bei dem Zusammenstoß seien beide Fahrer sowie die Mitfahrerin verletzt worden. An beiden Autos entstand nach Polizeiangaben Totalschaden. Feuerwehren der umliegenden Gemeinden seien für die Bergungsarbeiten im Einsatz gewesen. (dpa)

Nordmänner am häufigsten

Erfurt. Nur wenige Baumschulen in Thüringen ziehen Weihnachtsbäume heran. Grund sei die starke Weihnachtsbaum-Konkurrenz aus Skandinavien, sagte der Landesvorsitzende des Bundes Deutscher Baumschulen, Thomas Kühr. Da könnten die Thüringer Baumschulen mit ihren meist kleinen Anbauflächen nicht mithalten, zumal die Böden für Christbäume auch zu trocken seien und aufwendige Zusatzbewässerung benötigten. Laut Landesforstanstalt sind acht von zehn verkauften Weihnachtsbäumen Nordmann-Tannen. Preisgünstiger seien heimische Fichten, die die meisten Forstämter anbieten. (dpa)

Betrunkener fährt Haus kaputt

Schmiedefeld. Ein Betrunkener hat bei einem Unfall in Schmiedefeld am Rennsteig (Ilm-Kreis) einen sechsstelligen Schaden verursacht. Der Mann sei in der Nacht zu Samstag zunächst gegen eine Hauswand gekracht und dann vom Unfallort geflohen, teilte die Polizei mit. Zeugen hatten den Flüchtigen gesehen und die Polizei verständigt, die ihn wenig später stellen konnte. Ein erster Alkoholttest ergab 1,9 Promille. Das Haus ist durch den Unfall nicht mehr bewohnbar. Die Polizei schätzt den angerichteten Sachschaden auf rund 160.000 Euro. (dpa)

Fahrt endet am Brückenpfeiler

Suhl. In Suhl wurde ein Autofahrer schwer verletzt, der mit seinem Fahrzeug am Samstagabend an einer Kreuzung gegen einen Brückenpfeiler prallte. Der 36 Jahre alte Mann aus Rohr wurde ins Krankenhaus gebracht. Am Auto entstand laut Polizei Totalschaden. (dpa)

„Schlaraffenland für Kliniken“

Gemischte Reaktionen auf geplante Pflegepersonal-Untergrenzen in pflegeintensiven Klinikbereichen. Warnung vor noch mehr Bürokratie

VON HANNO MÜLLER

Gera. Uwe Leder, Geschäftsführer der SRH Kliniken Gera und Suhl, sieht der Einführung von Personaluntergrenzen in der Krankenhauspflege gelassen entgegen. In Kraft treten die Regelungen ab 1. Januar 2019 zunächst in den vier Bereichen Geriatrie, Kardiologie, Intensivmedizin und Unfallchirurgie, die Bereiche Neurologie und Herzchirurgie sind in Vorbereitung.

In den Thüringer SRH-Häusern trifft es vorerst Intensivmedizin und Unfallchirurgie. „Jede Pflegekraft, die wir mehr beschäftigen, wird von den Kassen

voll bezahlt. Für uns ist diese Seite der Regelung ein wenig wie ein Schlaraffenland. Für Pflegekräfte wird es dadurch attraktiver, im Krankenhaus zu arbeiten“, sagt Leder. Krankenschwestern und Pfleger leisteten seit jeher gute Arbeit und hätten sich die Anerkennung allemal verdient. Das künftig in der Pflege Arztgehälter gezahlt werden könnten, erwartet Leder nicht. Überhaupt bleibe abzuwarten, wie lange der Quell so sprudeln würde.

Verantwortlich für den Pflegedienst am Wald-Klinikum ist Karen Reichl. Untergrenzen gebe es schon länger, etwa in der Betreuung von Frühchen oder von

Schlaganfallpatienten. In Erwartung der neuen Regelung wurden bei SRH frühzeitig Auszubildende aufgestockt. „Alle Untergrenzen werden mit eigenen Kräften erfüllt“, sagt Reichl.

Anderswo verschärft die neue Regelung offenbar den Konkurrenzkampf in der Branche. Von Klinikkollegen höre er, dass sich verstärkt Kollegen aus der ambulanten und Altenpflege in Krankenhäusern bewerben, sagt Leder. Auch durch die geplante Vereinheitlichung der Pflegeausbildung werde der Druck eher noch steigen.

Das sieht auch Hannelore Strobel von der AOK so. „Aller-

dings wissen wir aus Erfahrung, dass sich Menschen nicht allein wegen finanzieller Vorteile für einen bestimmten Arbeitgeber entscheiden“, sagt die Kassensprecherin.

Arbeitswege, Schichtdienste, Betriebsklima und andere „weiche“ Faktoren spielten eine Rolle. Laut Strobel finden bereits Verhandlungen der Kassen mit den Trägern von Pflegeheimen und ambulanten Pflegediensten statt, in denen die berechtigten Forderungen nach Erhöhung der Vergütung für die dort beschäftigten Pflegekräfte berücksichtigt werde. „Also stehen auch auf dieser Seite Lohnbeziehungsweise Gehaltserhö-

hungen in Aussicht, die bei der Abwägung für oder gegen einen Arbeitsplatzwechsel Gewicht haben sollten.“

Personaluntergrenzen gibt es laut Barmer in der ambulanten (Alten-)Pflege nicht. Statt dessen setze man hier auf Personalschlüssel. Im Gegensatz zu den meisten anderen Bundesländern gebe es dazu in Thüringen bisher aber nur Richtwerte. „Die Barmer würde eine Einführung fester Personalschlüssel befürworten. Diesbezüglich laufen in Thüringen bereits Gespräche zwischen den betreffenden Akteuren und dem Gesundheitsministerium“, so Thüringens Bar-

ZWISCHENRUF

Demokratischer Dauerstress

Das mit der Demokratie ist ja ganz schön, wenn nicht immer diese freien und geheimen Wahlen wären. Ständig finden irgendwelche Abstimmungen statt, vor allem im EU-Mitglied Deutschland mit seinem Bund aus 16 Ländern, in denen dann auch noch die Kommunen wild durcheinander wählen. Puuh...

Nein, natürlich, dies war jetzt einer dieser zuverlässig missglückenden Versuche, in der Zeitung so etwas wie preiswerte Ironie zu verbreiten. Wahlen sind die Essenz einer offenen Gesellschaft. Und wenn die Parlamente mal etwas mutiger wären, würden die Menschen noch viel öfter gefragt, zum Beispiel auch bei Volksentscheiden auf Bundesebene.

Die Krux mit einem föderalen Gebilde wie der Bundesrepublik ist bloß, dass es die Beteiligten weder hinbekommen, die Abiturfragen abzuspüren, noch die Wahltermine abzustimmen. Das hält insbesondere die

Bundesregierung vom Regieren ab. Anstatt die Dinge ausnahmsweise mal grundlegend anzugehen, bei der Rente, dem Arbeitsmarkt, den Steuergesetzen, starrt der politische Betrieb auf die jeweils nächste Abstimmung in den Ländern. Entsprechend übertrieben sind zuweilen die Wirkungen. Im Jahr 2005 wurde gar der bedauerenswerte Bundespräsident genötigt, den Bundestag aufzulösen, nur weil in Nordrhein-Westfalen mal etwas weniger Leute die SPD gewählt hatten.

Auch in diesem Herbst war es fast wieder so weit. Eigentlich wurden ja in Bayern und Hessen nur die Landtage gewählt. Doch in Berlin ging es um den Fortbestand der Koalition, mindestens. Am Ende hielt die Bundesregierung nur, weil sich die Union schnell neue Vorsitzende suchte.

Und das Drama setzt sich im neuen Jahr fort. Erst gibt es im Frühling die Europawahl und parallel dazu die Kommunalwahlen in neun Bundes-



Martin Debes ist Chefreporter der Thüringer Allgemeinen

ländern sowie die Wahl der Bremer Bürgerschaft. Im Sommer und Herbst wählen dann Sachsen, Brandenburger und Thüringer ihre Parlamente.

Das bedeutet demokratischen Dauerstress. So wählen zum Beispiel die 1,8 Millionen in Thüringen dazu Berechtigten übers Jahr verteilt das EU-Parlament, Kreistage, Stadträte

Martin Debes über das Wahljahr 2019, das vielleicht sogar super wird

und Gemeinderäte sowie den Landtag. Anschließend ist dann noch die Regierungsbildung zu besichtigen, die nach allem, was die Umfragen besagen, noch länger dauern dürfte als bei den letzten Malen.

Das hiesige Politikpersonal ist längst damit beschäftigt, sich dafür zu sortieren. Die Spitzenkandidaten sind entweder benannt oder gewählt, die Nominierungsversammlungen in den Wahlkreisen laufen, die ersten Plakatomotive wurden ausgesucht.

Inhaltlich dürfte deshalb 2019 wenig bis nichts passieren. Tatsächlich hat Rot-Rot-Grün – einmal abgesehen von den abgesagten oder kleingekochten Reformen – den Koalitionsvertrag halbwegs abgearbeitet. Allein die sportliche Idee, mal eben vor Ladenschluss einen neuen Einzelhaushalt für die nächste Wahlperiode zu beschließen, bietet Gelegenheiten, den konjunkturell bedingten Überschuss zielgruppengerecht auszugeben.

Auch die Bundespolitik wird sich, so sehr sie sich auch anderweitig bemühen mag, selbstverständlich wieder durch die Abstimmungstermine ablenken lassen. Schon die Europawahl könnte daher der Auslöser dafür sein, dass 2019 endgültig zum Superwahljahr wird – das heißt, dass die nochmals gedemütigte SPD endlich aus der erstmals großen Koalition aussteigt und so Neuwahlen erzwingt.

Falls das nicht passiert, ist am 1. September die nächste Gelegenheit dazu. Denn wenn die SPD in Brandenburg den Ministerpräsidentenposten verliert, den sie seit 1990 besetzt, wird dies das nächste große Beben in der Partei auslösen. Die CDU und ihre neue Vorsitzende müssen sich wiederum vor allem in Sachsen daran messen lassen, ob sie dort noch die AfD besiegen kann. Wenn sie dabei versagt, kann alles passieren.

Und falls selbst dann in Berlin immer noch nicht auseinandergeht, was

nicht mehr zusammengehört, dann nur deshalb, weil alle noch auf das Finale am 27. Oktober warten.

Die Thüringer Landesregierung hat bekanntlich kraft ihrer Bratwurzigkeit entschieden, dass man erst nach den anderen Ostländern wählen kann, weil angeblich und unbedingt noch ein paar Dutzend Dörfer fusionieren müssen. Oder so.

Immerhin wird im freistaatlichen Landkreis folkloristisch mehr geboten als in allen anderen Wahlkämpfen zusammen: Der einzig wahre linke Ministerpräsident und der rechteste aller rechten Flügelpfeiler treten gegeneinander an, derweil der CDU-Kandidat dazwischen die schwindende Mitte aufschmelzen muss.

Und so wird wohl, wie ja eigentlich immer, das Schicksal der Nation im hübschen Thüringen entschieden. Bis es soweit ist, wünschen wir schöne Feiertage, in der auch diese Kolumne ein bisschen Ferien macht.